



Datum: 25.06.2013

Gesundheit der Polizei jetzt Thema der IMK

Zahlreiche Gremien in der GdP diskutieren schon seit geraumer Zeit, warum die Krankheitsraten in der Polizei zum Teil deutlich von denen anderer Beschäftigtengruppen abweichen und wie es sich insbesondere mit den rasant steigenden AU-Tagen wegen psychischer Fehlbelastungsfolgen verhält. Der GdP-Landesbezirk Thüringen hat an der Verankerung dieser Themen auf Bundesebene nicht nur beim Fokus auf die Erkrankung Diabetes mellitus einen großen Anteil.

Im Landesbezirk Thüringen haben wir nach einer Fachtagung Diabetes mellitus bspw. nicht nur Arbeitspapiere für Vorgesetzte und Betroffene herausgebracht, sondern Thüringen ist auch Vorreiter mit einem Seminar „Metabolisches Syndrom“ (PiT 1/13 berichtet aktuell auf Seite 47).

Die GdP Thüringen verurteilt seit Jahren die Abstempelung von Diabetikern zu Menschen zweiter Klasse, denen Dienstführerschein und Waffe abgenommen werden. Mit unserem hohen Altersdurchschnitt können wir uns so eine pauschale Verfahrensweise überhaupt nicht leisten, denn jeder zehnte Deutsche über 50 Jahre ist an Diabetes mellitus erkrankt. Wir fordern daher die Anwendung der arbeitsmedizinischen Erkenntnisse von heute ein. Nicht alle Bundesländer verfahren beim Entzug der Polizeidienstfähigkeit nämlich vergleichbar stringent unter Anwendung eines medizinischen Fachwissens von vor zwanzig Jahren.

Am Ende aller zurückliegenden Diskussionen stand jedoch regelmäßig immer die Frage nach belastbaren Zahlen, die man kaum erheben kann. Damit dürfte nun aber bald Schluss sein. Der GdP ist es gelungen, die Innenministerkonferenz (IMK) davon zu überzeugen, dass die Lösung gegenwärtiger und zukünftiger Probleme im Gesundheitsmanagement der Polizei besonderer Anstrengungen und des Beschreitens neuer Wege bedarf.

Die IMK teilte mit, sie habe per Umlaufbeschluss den AK II beauftragt, bis zur nächsten Frühjahrssitzung eine Bestandsaufnahme des Gesundheitsstandes der Polizei in Bund und Ländern vorzunehmen. Abhängig vom Ergebnis dieser Feststellungen soll der AK II Vorschläge unterbreiten, auf welche Weise der Gesundheitsstand in der Polizei verbessert bzw. die Verfahren hierzu optimiert werden können.

Viele von uns werden gewiss zu einem Beitrag aufgefordert, um den Prozess positiv begleiten zu können. Jetzt wollen wir aber erst mal zuversichtlich sein, dass die Zahlen, die von der IMK erhoben werden, auch so umfangreich und belastbar sind, damit bald die richtigen Maßnahmen für mehr Gesundheit in einer zu kranken Polizei Einzug halten können!

Der Landesvorstand